

Markus Kurth

- (A) *Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu den Werkstätten für behinderte Menschen sagen. Die öffentliche Anhörung hat noch einmal deutlich gemacht, dass sich Werkstätten nicht über einen Kamm scheren lassen. Es gibt definitiv Werkstätten, die zu wenig für den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt tun. Es gibt aber auch solche Werkstätten, die ihren gesetzlichen Aufträgen nachkommen und schon lange Vorreiter auf diesem Gebiet sind. Auch wir sind der Meinung, dass wir die Werkstätten auf dem Weg einer personenzentrierten und dauerhaften Hilfe für behinderte Menschen mitnehmen müssen. Hierfür bedarf es zwingend der Modularisierung der Werkstatteleistung sowie der Vorgabe, sich als Dienstleister für behinderte Menschen zu verstehen. Das ganze Know-how und die langjährige Erfahrung der Werkstätten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit behinderten Menschen sowie die Kenntnis der Gegebenheiten auf dem lokalen Arbeitsmarkt müssen auf diesem Weg mitgenommen werden. Werkstätten haben in vielen Fällen die besten Voraussetzungen, den geänderten Bedürfnissen der behinderten Menschen gerecht zu werden. Dies muss auch die Bundesregierung respektive die Bundesagentur für Arbeit erkennen. Mit Verwunderung und Unverständnis haben wir zum Beispiel zur Kenntnis genommen, dass bei der Ausschreibung zur Unterstützten Beschäftigung auch solchen Werkstätten die mangelnde Fachlichkeit vorgeworfen wurde, die nachweislich Erfolge beim Übergang Werkstatt/allgemeiner Arbeitsmarkt erzielen konnten. Der Verdacht liegt nahe, dass versucht wurde, Werkstätten von diesem neuen Instrument auszuschließen.*
- (B) *Veränderung muss auch von innen kommen. Dies haben wir in unserem Antrag klar formuliert. Eindrücklich wurden wir darauf in der Anhörung von People First e. V. sowie von der Bundesvereinigung der Werkstatträte hingewiesen. Auch und gerade in Werkstätten für behinderte Menschen muss es über die einschlägigen Verordnungen zu einer stärkeren Befähigung behinderter Menschen kommen, sodass diese ihre Selbstvertretungsrechte auch wahrnehmen können.*

*Bündnis 90/Die Grünen bedauern die Untätigkeit und die mangelnde Gesamtkonzeption seitens der Bundesregierung, sowohl was die Zukunft der Eingliederungshilfe, als auch die berufliche Teilhabe behinderter Menschen anbetrifft. Bis auf Verlautbarungen, Pingpongspielchen zwischen Bund und Ländern sowie hier und da ein paar wenige Mosaiksteinchen lag das Feld der Politik für Menschen mit Behinderungen in dieser Wahlperiode brach. Bündnis 90/Die Grünen haben in den letzten Jahren und Monaten umfassende Gesamtkonzepte vorgelegt, die es umzusetzen gilt.*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/13623, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/11207 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft**

– Drucksachen 16/8540, 16/11633 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Johannes Röring  
Gustav Herzog  
Dr. Edmund Peter Geisen  
Dr. Kirsten Tackmann  
Cornelia Behm

**Johannes Röring (CDU/CSU):**

*Zunächst muss ich Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der FDP, ein Lob für Ihren Antrag aussprechen. Die Zielrichtung des Antrages ist grundsätzlich vollkommen richtig. Denn man kann nur zustimmen, dass die Landwirtschaft, wenn sie denn effizient und intensiv betrieben wird, einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.*

*Aber nicht nur in Fragen des Klimaschutzes, auch in Fragen der Welternährung, des Einsatzes und der Erzeugung erneuerbarer Energien und zum Schutz der Biodiversität spielt eine effiziente Landwirtschaft eine entscheidende Rolle. Sie ist in der Lage, eine wichtige Rolle für die zukünftige, positive Entwicklung vieler Regionen der Welt zu übernehmen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Ihr Antrag eigentlich gar nicht weitgehend genug.*

*Allerdings muss man dann zusätzlich auch feststellen, dass Ihr Antrag aus dem vergangenen Jahr in einigen Teilen längst überholt ist. Eine Reihe von aufgegriffenen Fragen sind bereits Bestandteil der Politik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung. So wurde die obligatorische Flächenstilllegung bereits abgeschafft, die Gesundheitsüberprüfung der GAP ist inzwischen beschlossen. Die Nachhaltigkeitsstandards wurden im Frühjahr durch die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU-Kommission bereits beschlossen und für den Bereich „Nutzung von Biomasse zur Stromerzeugung“ in dieser Woche in den Ausschüssen und im Plenum des Deutschen Bundestages verabschiedet. Auch beim Thema Flächenverbrauch wurde durch die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes viel zum Schutz der für die Agrarproduktion notwendigen Ackerfläche erreicht. Flexible Eingriffs- und Ausgleichsregelungen spielen eine bedeutende Rolle beim Schutz von Ackerböden.*

*Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrem Antrag ansprechen, ist das Thema Forschungsförderung. An dieser Stelle möchte ich diese Thematik, die ich als sehr essenziell ansehe, vertiefen. Darum möchte ich nun auch gerne den oben geäußerten Gedanken aufgreifen, inwieweit besonders der Landwirtschaft bei der Lösung globaler Probleme eine zentrale Rolle zukommt, genauso wie*

**Johannes Röring**

- (A) *bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen, auf natürlichen Ressourcen basierenden Wirtschaft.*

Die Vereinten Nationen, die Weltbank und viele an dem Diskussionsprozess beteiligten Partner haben eine Reihe gesellschaftlicher Herausforderungen entdeckt, denen wir dringend begegnen müssen: das gleichzeitige Auftreten von Unter- und Mangelernährung bei einem anhaltenden Bevölkerungswachstum, die Zerstörung von landwirtschaftlich und forstlich nutzbarer Fläche, Wassermangel, die Verlagerung von Anbauzonen durch den globalen Klimawandel sowie der Rückgang biologischer Vielfalt – Biodiversität. Der Anstieg der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen – wie zum Beispiel hochwertigen Lebensmitteln und insbesondere tierischen Produkten – wird darüber hinaus durch das dynamische Wirtschaftswachstum in China, Indien und weiteren Schwellenländern verstärkt. Zusätzlich ist mit dem weltweiten Bedarf an Energie und Rohstoffen die Notwendigkeit verbunden, Biomasse aufgrund der Endlichkeit fossiler Ressourcen und aufgrund des Klimaschutzes stärker für die energetische und stoffliche Verwertung zu nutzen.

Wir müssen also erkennen, dass nicht nur die landwirtschaftliche Produktionsmenge zunehmen muss, sondern darüber hinaus zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass die verfügbare Anbaufläche für landwirtschaftliche Produkte weltweit pro Erdenbewohner dramatisch abnehmen wird, sie wird sich laut wissenschaftlicher Prognosen bis zum Jahr 2040 halbieren. Damit ist es unabdingbar, die Leistungsfähigkeit unserer Kulturpflanzen und damit die Effizienz der Landwirtschaft entscheidend zu steigern, so zum Beispiel für Pflanzen mit verbessertem Nährstoffgehalt, höherer Energiedichte, größerer Widerstandsfähigkeit gegen klimatischen Stress oder Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und Krankheiten. Damit gibt es die Möglichkeit zur Vermeidung von Ertrags- und Qualitätsverlusten. Auch ökologische Vorteile, wie reduzierter chemischer Pflanzenschutz und verbesserter Erosionsschutz, sind zu nennen.

- (B) *Da die Bundesregierung diese Fragestellung auch als sehr bedeutend betrachtet, hier sind besonders das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Ministerium für Bildung und Forschung zu nennen, wurde bereits eine Vielzahl verschiedener Forschungsprojekte und Aktivitäten in der Vergangenheit gestartet. Im Januar 2008 wurde der Startschuss zu einer verbesserten Forschungsförderung gegeben. Mit 200 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren sollen Projekte in der Bioenergie-, Agrar- und Ernährungsforschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft gefördert werden.*

Aktuell und exemplarisch ist hier das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und den Ländern entwickelte Förderprojekt „Kompetenznetze in der Agrar- und Ernährungsforschung“ zu nennen. Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Entwicklung der Agrarwissenschaften in Deutschland sollen mit dieser Initiative die

verschiedenen relevanten Innovationsfelder, unter anderem Pflanzen, Umwelttechnologien, Biotechnologien, der Hightech-Strategie der Bundesregierung berücksichtigt werden. Im diesem Sinne sollen im Rahmen der Kompetenznetze konkrete Forschungsprojekte auf die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette von der Urproduktion natürlicher Ressourcen bis hin zur Bereitstellung qualitativ hochwertiger Rohstoffe – Lebensmittel, Futtermittel, Biomasse – für den Verbraucher ausgerichtet sein. Das Ziel ist es, eine in der Grundlagenorientierung und im Anwendungsbezug exzellente Agrar- und Ernährungsforschung aufzubauen und mit der Ausbildung sowie mit dem Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu verbinden. Dadurch sollen anwendungsorientierte Kompetenznetze mit internationaler Sichtbarkeit und Attraktivität entstehen und Beiträge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme liefern. (C)

Diese und viele weitere Aktivitäten zeigen, dass die Bundesregierung die in Ihrem Antrag formulierten Forderungen bereits zu großen Teilen umgesetzt hat. Darüber hinaus ist der Antrag unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle die effiziente Landwirtschaft nicht nur beim Klimaschutz, sondern bei vielen weiteren gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit spielen kann, nicht weitgehend genug. Aus diesem Grund wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Antrag der FDP ablehnen.

**Gustav Herzog (SPD):**

Wir alle wissen, wie unschön es ist, über Dinge reden zu müssen, die veraltet sind. Forderungen sind längst erfüllt, Positionen und Rahmenbedingungen haben sich geändert oder sind schlicht überholt. Für den Klimaschutz trifft zumindest Letzteres nicht zu. Er wird auch die kommenden Generationen begleiten, und daher ist es auch gut und wichtig, hier darüber zu reden. (D)

Was die FDP in ihrem Antrag vom 12. März 2008 aber unter Klimaschutz und effizienter Landwirtschaft versteht, sollten wir uns doch mal ganz in Ruhe und aus der Nähe anschauen. Dass einige der aufgestellten Forderungen richtig und deswegen auch schon erledigt sind, sei an dieser Stelle honoriert. Regionaler und saisonaler Konsum, nachhaltig erzeugte Güter sind Forderungen, denen wir uns anschließen können; der Health Check ist überholt, die Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung längst Vergangenheit. Doch gerade Letzteres nun aus klimapolitischen Gründen zu fordern, lässt mich doch wundern. Zur Sicherung der Welternährung – darüber können wir reden – oder aus wirtschaftspolitischen Gründen, um den Landwirten mehr Handlungsspielraum zu geben. Doch aus klimapolitischen Gründen ist dies eine höchst fragwürdige Maßnahme, wenn man bedenkt, dass viele stillgelegte Flächen entweder dauerbegrünt oder zumindest nur extensiv genutzt wurden und so als eindeutige Kohlenstoffsenke gedient haben. Wieder umgebrochen und in die Produktion genommen, wird der über die Jahre der Stilllegung angereicherte Humus schnell wieder veratmet und als Treibhausgas in die Atmosphäre abgegeben. Ein Effekt, der übrigens auch den Umbruch von Dauergrünland ganz nach oben auf die Liste der Dinge stellt, die strengstens limitiert gehören.

Gustav Herzog

- (A) *Doch der Antrag der FDP erkennt auch hier die Eigenverantwortung der Landwirtschaft als wichtiger an als Klimaschutzziele, die sie sich selbst mit großen Worten auf die Fahne schreibt. „Gesetzliche Regulierungen werden abgelehnt, wenn sie die Land- und Forstwirtschaft einseitig belasten.“ Natürlich belasten Regulierungen aus Fachgesetzen einseitig. Oder sollen wir auch der Textilindustrie den Umbruch von Dauergrünland verbieten? Und es stellt sich mir klar die Frage, ob der einzelne Landwirt bedenkt und abschätzen kann, was es für die Klimabilanz der Landwirtschaft bedeutet, wenn nicht nur er 10 Hektar Dauergrünland in Maisfläche umwandelt, sondern jeder fünfte dasselbe ebenfalls tut. Gleiches gilt für die Abholzung von Regenwald, wo die verantwortlichen Unternehmen auch nicht unbedingt immer Klimaschutzziele verfolgen – gesetzliche Regularien sind hier dringend notwendig, denn sie helfen der Landwirtschaft aus ihrer Täterrolle, die sie in puncto Klimaschutz auch spielt. Es ist richtig, die Landwirtschaft ist Opfer des Klimawandels, denn sie ist den wenig kalkulierbaren Auswüchsen des Klimas unmittelbar ausgesetzt, doch sie ist auch Täterin und zugleich Teil der Lösung. Die Gesamtemissionen liegen laut Bundesregierung nicht bei 7 Prozent, wie es im Antrag beziffert wird, sondern bei etwa 11 Prozent für die Landwirtschaft bzw. 4,5 Prozent für ihre Vorleistungen. Im Fokus stehen hier insbesondere die intensive Rinderhaltung, die Nutzung von Moorstandorten und der Energieeinsatz zur Herstellung von Mineräldüngern. Alles Punkte, die der Antrag auch noch intensivieren möchte, wie es zum Beispiel der Einsatz für die Hochleistungskuh deutlich macht. Dabei beweist die FDP mal wieder ihren eingeschränkten Blickwinkel, denn sie lässt wesentliche Aspekte bei der Betrachtung außer Acht. Insbesondere bei der Hochleistungskuh müssen in Bezug auf die Treibhausgasemissionen vollständige Lebenszyklusanalysen herangezogen werden, die auch die vor- und nachgelagerten Bereiche mit einbeziehen. Hochleistungskühe brauchen zum Beispiel auch Hochleistungsfutter, dessen Komponenten in aller Regel aus Ländern kommen, die bekannt sind für ihren Regenwald, der mehr und mehr zugunsten landwirtschaftlicher Nutzflächen weichen muss. Hier stehen auch wir in der politischen Verantwortung, dem mit mehr Nachhaltigkeit in der Produktion und im Konsum vorzubeugen.*
- (B) *Die Notwendigkeit der weiteren Intensivierung unserer Intensivlandwirtschaft, die sich bereits jetzt am äußersten Rand der Nachhaltigkeit bewegt, sehe ich daher auch unter Berücksichtigung einer wachsenden Weltbevölkerung als nicht zwingend gegeben an. Vielmehr müssen wir globale Strategien entwickeln, um globale Probleme in den Griff zu bekommen. Diese werden wir jedoch mit einer „Weiter so“-Politik im Keime ersticken. Aus diesen Gründen ist der vorgelegte Antrag der FDP nicht geeignet, die tatsächlichen Probleme zu lösen.*
- Analog zu anderen Wirtschaftszweigen muss also auch die Landwirtschaft alle vorhandenen Potenziale zur Verminderung ihrer Emissionen von Klimagasen ausschöpfen.*

**Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):**

(C) *Leider wird das Thema „Klimaschutz und Landwirtschaft“ hier in der parlamentarischen Debatte etwas stiefmütterlich behandelt. Ganz anders in Europa: Die schwedische Ratspräsidentschaft macht das Thema zu einem ihrer Schwerpunkte, die Europäische Kommission legt spezifische Handlungsempfehlungen für die Landwirtschaft vor. Denn klar ist: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gehören zu den wichtigsten umwelt-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit. Gerade wieder legen wissenschaftliche Untersuchungen die Vermutung nahe, dass große Imperien – wie das der Khmer im Mittelalter – aufgrund gravierender klimatischer Veränderungen untergegangen sind.*

*Dabei kommt der Landwirtschaft eine besondere Rolle zu. Warum?*

*Weil sie pro forma zu den größten Verursachern von Treibhausgasemissionen zählt, weil Lebensmittel auf der anderen Seite aber kein Gut wie jedes andere sind, sondern unsere blanke Existenz sichern und weil man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kühen eben nicht mit dem von Autos vergleichen kann; denn die Autoindustrie bindet während ihrer Produktion nun mal kein CO<sub>2</sub>.*

(D) *Die Hungerrevolten im vergangenen Jahr haben uns wieder einmal gezeigt, welche elementare Bedeutung die Landwirtschaft hat. Und ihre Bedeutung wird noch zunehmen, wenn in den nächsten Jahrzehnten mit neun Milliarden Menschen ein Drittel mehr ausreichend und möglichst ausgewogen ernährt werden muss. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon geht sogar davon aus, dass die Lebensmittelproduktion bis 2030 um 50 Prozent gesteigert werden muss. Damit ist die Landwirtschaft gefordert, höchste Erträge und Qualitäten zu erzielen. Gleichzeitig wird von ihr erwartet, einen Beitrag zur Treibhausgasreduktion zum Schutz des Klimas zu leisten. Ist das machbar?*

*Wir von der FDP-Fraktion haben uns schon früh diese Frage gestellt und den hier vorliegenden Antrag „Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft“ samt Forderungskatalog Anfang 2008 eingebracht. Fazit: Ja, wir sind davon überzeugt, dass wir mit der Landwirtschaft gleichzeitig Ernährungssicherheit und Klimaschutz sicherstellen können – allerdings nur, wenn wir in der Agrarpolitik umdenken.*

*Es ist fünf vor zwölf. Wir brauchen wieder eine „grüne Revolution“ auf dem Acker oder, wie es der UN-Generalsekretär etwas weniger plakativ formulierte: Wir müssen die historische Gelegenheit für eine Wiederbelebung der Landwirtschaft nutzen. Und zwar nicht nur in Afrika, sondern auch bei uns. Wir brauchen den Ausstieg aus der Philosophie des Ausstiegs. Das ist die Kernbotschaft des FDP-Antrags „Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft“. Lassen Sie mich auf einige unserer Forderungen eingehen:*

*Erstens: Nur eine effiziente, innovative und unternehmerische Landwirtschaft, mit der standortangepasst und nachhaltig die Erträge zu steigern sind, kann die Herausforderungen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit*

**Dr. Edmund Peter Geisen**

- (A) *sowie des globalen Klimaschutzes meistern. Das gilt für den heimischen Standort ebenso wie für die Entwicklungsländer. Zur Steigerung der Produktivität in der Land- und Ernährungswirtschaft müssen wir Innovationen und technischen Fortschritt nutzen und nicht verteuern: Das gilt für moderne Landtechnik genauso wie für modernste Betriebsmittel, Pflanzenzüchtung und Bewässerungssysteme. Dabei gilt es auch, die verantwortbaren Möglichkeiten der Biotechnologie zu nutzen. Entsprechende Aus- und Fortbildung gehören dazu.*

*Zweitens: Deutlich gesteigert werden müssen die Investitionen in die Agrarforschung – national wie international. Hier ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig passiert. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel für künftigen Wohlstand und angesichts der Herausforderungen des Klimawandels von entscheidender Bedeutung.*

*Drittens: Wir brauchen die Bioenergie – auch die aus Biomasse. Verbesserte Lebensverhältnisse in Schwellenländern wie China oder Indien ziehen nicht nur eine gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln nach sich; der Energiebedarf steigt ebenfalls rasant an. Gleichzeitig sind unsere fossilen Rohstoffvorkommen begrenzt. Die Alternative heißt nicht „Teller oder Tank“ – nein, für die Liberalen gilt „Teller und Tank“, wobei dem Teller immer Vorrang einzuräumen ist.*

- (B) *Ich wundere mich immer wieder, wie einige es schaffen, mit gleicher Vehemenz und Dogmatik erst für die vermeintlich umweltfreundliche Alternative Biokraftstoff zu kämpfen, nur um sie später genauso vehement wieder zu bekämpfen. Apropos „umweltfreundlich“: Natürlich lehnen auch wir das großflächige Roden des Regenwaldes für die Palmölproduktion im großen Stil ab. Wir halten Nachhaltigkeit beim Anbau von Biomasse für erneuerbare Energien für ebenso unverzichtbar wie für Lebensmittel. Aber es kann doch nicht sein, dass wir mit der überhasteten Verabschiedung der Nachhaltigkeitsverordnung gleich wieder das Kind mit dem Bade ausschütten. Selbst die Europäische Kommission kritisiert, dass die deutsche Variante über die Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinie hinausgeht, und dabei stellen die Regeln der guten fachlichen Praxis sowie Cross Compliance einen nachhaltigen Anbau hier in Deutschland längst sicher.*

*Die Dummen sind wieder einmal die heimischen Bauern, die mit zusätzlichen Regelungs- und Zertifizierungspflichten überzogen werden, ohne dass der Raubbau an der Natur in anderen Teilen der Welt verhindert wird. Von gleichen Wettbewerbschancen keine Spur. Wenn wir so weitermachen, dann sind wir bald vollkommen abhängig von Importbiomasse mit höchst bedenklicher Ökobilanz. Deutlich wird an diesem Beispiel: Unsere Landwirte brauchen vernünftige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um auf dem zunehmend globalisierten Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu zähle ich vor allem Kostenentlastung auf der Produktionsseite und Hilfe bei der Erschließung neuer Märkte. Hier liegen die Chancen unserer hochwertigen Qualitätsprodukte. Leider hatte man bei dieser Bundesregierung immer wieder*

- den Eindruck, statt den Landwirten Chancen zu eröffnen, legte man ihnen Hindernisse in den Weg.* (C)

*Viele unserer Forderungen aus dem Klimaschutzantrag sind auf der Braunschweiger Tagung „Aktiver Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – Beitrag der Agrar- und Forstwirtschaft“ vor zwei Wochen bestätigt worden – einige interessante Aspekte sind neu dazu gekommen. Diese Tagung war gut und richtig. Aber nun gilt es, die gewonnenen Erkenntnisse auch umzusetzen. Es wäre schön, wenn auch die Überlegungen der Liberalen hierzu berücksichtigt würden.*

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

*Die FDP benutzt den Klimawandel für einen neoliberalen agrarpolitischen Fundamentalismus. Das Bild der Landwirtschaft, das sie dabei schafft, ist gefärbt von unkritischer Technologiegläubigkeit und naivem Glauben an einen „freien“ Markt, der alles richtet. Produktivitätssteigerung, Hightechlandwirtschaft und vor allem die Agrotechnik sollen dazu beitragen, mit dem Klimawandel und der wachsenden Weltbevölkerung klarzukommen. Die sozialen und ökologischen Kollateralschäden sind leider kein FDP-Thema.*

- Die FDP behauptet, es könne sogar zu einer Renaissance der ländlichen Räume kommen. Dabei müsste sie, wenn sie ehrlich wäre, von Arbeitsplatzverlusten, Abwanderung und nicht existenzsichernden Lohn- und Einkommensstrukturen in der Landwirtschaft sprechen. Das sind die aktuellen Trends, die sich durch die FDP-Agrarpolitik verstärken würden. Für die FDP existieren keine Verteilungskämpfe oder Auseinandersetzungen um Zugänge zu Boden, Wasser und Saatgut. Es gibt keine Landvertreibung oder Armut und Hunger.* (D)

*Den Klimawandel versteht die FDP als Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu verbessern. Im Süden würden einige Agrarstaaten weniger produzieren können, gleichzeitig gäbe es aber wegen der wachsenden Weltbevölkerung mehr Nachfrage. Das ist die zynische Welt der FDP: Der Mangel an Nahrungsmitteln anderswo wird zur Profitquelle für die deutsche Agrarwirtschaft. Es ist ungläublich, aber leider wahr: Der Begriff Hunger oder Armut kommt in dem Antrag nicht ein einziges Mal vor. Was für die FDP zählt, ist eine rein ökonomisch definierte Wettbewerbsfähigkeit, in der soziale und ökologische Standards, das Recht auf Nahrung oder die Ernährungssouveränität keine Rolle spielen.*

*Die Agrarwirtschaft komme beim Export gleich hinter der Autoindustrie. Diese Stellung gelte es zu halten. Dabei lehnt die FDP „gesetzliche Regulierungen, die überproportional die Land- und Forstwirtschaft belasten“ ab. Dieses dokumentierte Bekenntnis der FDP zu einer Agrarpolitik, die sich möglichst heraushält, zeigt aus Sicht der Linken, dass die FDP ungeeignet ist für eine Regierungsbeteiligung. Denn aus unserer Sicht ist es gerade bei Nahrungsmitteln extrem wichtig, dass der Gesetzgeber faire Rahmenbedingungen sichert, unter denen auch ökologische und soziale Interessen durchsetzbar sind.*

**Dr. Kirsten Tackmann**

(A) *Eine gelb-schwarze Koalition würde dazu führen, dass die Konflikte in den ländlichen Räumen verschärft werden, zum Beispiel beim Thema Agrogentechnik. Bis heute ist nicht bewiesen, dass diese Risikotechnologie einen realen Lösungsbeitrag zu den fundamentalen Problemen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Zunahme von Hunger und Armut leisten kann. Schon gar nicht ist zu erwarten, dass sie die Verteilungsgerechtigkeit erhöht oder die Marktmacht von Konzernen auf den Weltagrarmärkten vermindert. Bei der Erstellung des Berichts des Weltagrarrats im Frühjahr 2008 sind dann auch die Vertreterinnen und Vertreter der Gentechnikindustrie in letzter Minute abgesprungen. Weil er nicht ihre Interessen, sondern die der Menschheit in den Vordergrund stellt. Schon bei uns verschärft der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen die Konflikte in den Dörfern, erst recht in den ärmeren Ländern. Die Linke lehnt die Agrogentechnik ab.*

*Die Liberalen formulieren ausschließlich Forderungen, die als Anspruch an moderne, konventionelle Landwirtschaft des Nordens Konsens sind, aber in unserer Welt insgesamt nichts bringen. Die zunehmend industrialisierte Landwirtschaft in Westeuropa und Amerika hat negative Auswirkungen auf das Weltklima. Zum Beispiel durch den Import von Eiweißfuttermitteln, die in der südlichen Hemisphäre unter ökologisch und sozial bedenklichen Bedingungen erzeugt werden, aber oft importiert werden müssen zur Erzeugung tierischer Produkte, die in Europa nicht gebraucht werden und auf dem Weltagrarmarkt nur mit Exportsubventionen absetzbar sind. Das ist der reale Irrsinn einer neoliberal globalisierten Agrarpolitik. Die Linke lehnt das ab und fordert aus sozialen und ökologischen Gründen eine Stärkung regionaler Lösungen, vor allem bei den Eiweißfuttermitteln für die Tierproduktion.*

(B) *Das Mantra der FDP ist eine ökonomisch definierte Effizienz- und Produktivitätssteigerung nach dem Motto: Je mehr Fläche für Naturschutz, desto effizienter und intensiver muss die verbleibende Fläche genutzt werden. Für die Linke gilt dagegen: Die gesamte Agrarwirtschaft muss ökologischer und sozialer ausgerichtet werden und ihre weltweite Verantwortung wahrnehmen.*

*Für die FDP spielen die sonstigen Leistungen der Landwirtschaft, wie Landschaftspflege, der Erhalt von Agrarbiotopen oder sogar soziale Leistungen, keine Rolle. Ökologischer Landbau ist für die Liberalen allenfalls eine Nische, die sie ertragen müssen, die aber weiter keiner Erwähnung bedarf, schon gar nicht in einem Antrag zum Klimaschutz. Für die Linke ist Ökolandbau ein wichtiger Beitrag, mit einem Low-Input-System Landwirtschaft zu betreiben und gleichzeitig möglichst wenige Ressourcen zu verbrauchen.*

*Beim Thema Agroenergie ist die grundsätzliche Position der Liberalen und der Linken identisch: Teller vor Tank oder Futtertrog. Allerdings kann ich nicht nachvollziehen, dass die FDP lieber Schweinefleisch nach Asien exportieren möchte, anstatt mehr Agroenergie in Europa für Europa zu produzieren. Die Linke fordert bei Nahrung und Energie das Recht auf Eigenversorgung. Die Gewinnung von Energie auf dem Acker kann einen Bei-*

*trag dazu leisten, Erzeugerpreisdumping im internationalen Agrarhandel zu vermindern und auch armen Ländern, die keinen Außenschutz durchsetzen können, faire Preisbildungen für Agrargüter zu ermöglichen.* (C)

*Die Linke lehnt den Antrag der FDP ab. Er wird den mit dem Klimawandel und den neuen Herausforderungen an die Landwirtschaft verbundenen Problemen nicht gerecht. Trotzdem hat der Antrag auch seine gute Seite: Er zeigt allen Wählerinnen und Wählern, die für eine regionale und nachhaltige Landwirtschaft streiten, dass sie ihr Kreuz nicht bei der FDP machen sollten.*

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Wir brauchen ein klimapolitisches Umdenken in der Agrarpolitik. Die Landwirtschaft muss endlich in die Klimaschutzpolitik und die vereinbarten Reduktionsziele einbezogen werden. Wenn wir in Deutschland Emissionsminderungen um mindestens 40 Prozent bis 2020 und mindestens 80 Prozent bis 2050 erreichen wollen, muss auch die Emission von klimarelevanten Gasen in der Landwirtschaft signifikant sinken. Denn die Landwirtschaft macht einen Anteil von mehr als 10 Prozent der klimaschädlichen Gesamtemissionen unseres Landes aus. Vor allem bei Lachgas und Methan, zwei Gasen mit besonders hohem Treibhauspotenzial, gehört die Landwirtschaft zu den Hauptemittenten. Trotzdem spielt die Reduktion der Emissionen in der Landwirtschaft in der nationalen und europäischen Klimadebatte kaum eine Rolle. Das muss sich ändern.*

*Die aus Klimaschutzsicht notwendigen Veränderungen haben wir Grüne schon mehrfach in Anträgen hier im Bundestag eingefordert. Wir wollen, dass der Klimaschutz als zentrales Ziel in der Gemeinsamen Agrarpolitik verankert wird. Alle Förderansätze müssen auf ihre Klimaauswirkungen überprüft und gegebenenfalls im Sinne des Klimaschutzes neu ausgerichtet werden. Das gilt insbesondere für die landwirtschaftlichen Direktzahlungen, die bisher keine nennenswerte ökologische oder soziale Lenkungswirkung haben. Darum treten wir für eine Umgestaltung der Agrarzahlen ein nach dem Grundsatz: öffentliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen. Agrarsubventionen soll es nach 2013 nur noch für die Betriebe geben, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen.* (D)

*Wichtig ist außerdem der Ausbau des Ökolandbaus, der insgesamt eine bessere Klimabilanz aufzuweisen hat als die konventionelle Landwirtschaft. Das ist durch zahlreiche Studien wissenschaftlich belegt. Die ökologische Landwirtschaft, deren Leistungen für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz anerkannt sind, beweist sich auch beim Klimaschutz als bessere Alternative.*

*Außerdem brauchen wir Maßnahmen wie eine Stickstoffüberschussabgabe zur Verringerung des klimaschädlichen Düngemittelsatzes, eine Verschärfung des Umbruchverbotes für klimapolitisch wertvolles Grünland und eine Stärkung der artgerechten, flächengebundenen Tierhaltung, um den klima- wie tierschutzpolitisch fatalen Trend hin zu riesigen Massentierhaltungen aufzuhalten und rückgängig zu machen.*

**Bärbel Höhn**

- (A) *Von diesem notwendigen Politikwechsel für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft ist im vorliegenden FDP-Antrag nichts zu lesen. Im Gegenteil: In den meisten Punkten geht er in die genau entgegengesetzte Richtung. Klimaschutz wird von der FDP nur als Deckmantel für ideologische Herzensanliegen wie die Durchsetzung der von Verbrauchern und Landwirten abgelehnten Agrotechnik verwendet. Dieses Verwirrspiel lassen wir ihnen nicht durchgehen und auch die Wählerinnen und Wähler werden sich dadurch am 27. September nicht täuschen lassen.*

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/11633, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8540 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 54 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Fünf Jahre Karenzzeit für Mitglieder der Bundesregierung**

- (B) – Drucksachen 16/13366, 16/13655 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Helmut Brandt  
Siegfried Ehrmann  
Dr. Max Stadler  
Petra Pau  
Silke Stokar von Neuforn

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Verhaltenskodex für ausscheidende Regierungsmitglieder**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Dr. Gesine Löttsch und der Fraktion DIE LINKE

**Gesetzliche Regelung für frühere Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre zur Untersagung von Tätigkeiten in der Privatwirtschaft, die mit ihrer ehemaligen Tätigkeit für die Bundesregierung im Zusammenhang stehen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Silke

Stokar von Neuforn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

**Berufstätigkeit von ausgeschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung regeln**

– Drucksachen 16/677, 16/846, 16/948, 16/13656 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Helmut Brandt  
Siegfried Ehrmann  
Dr. Max Stadler  
Petra Pau  
Silke Stokar von Neuforn

**Helmut Brandt (CDU/CSU):**

*Wir beraten heute über einen Antrag der Fraktion die Linke, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Gesetz vorzulegen, wonach ausscheidenden Regierungsmitgliedern fünf Jahre lang untersagt werden soll, einen Vorstands- oder Aufsichtsratsposten in einem Unternehmen anzunehmen, das jüngst mit Steuergeldern vor der Insolvenz gerettet worden ist. Die Linke begründet ihren Antrag damit, dass mit einem solchen Gesetz dem Eindruck entgegen gewirkt werden solle, die Regierungsmitglieder seien korrupt.*

*Bevor ich auf den Antrag eingehe, lassen Sie mich Folgendes sagen: Keiner Regierung, erst recht nicht der derzeitigen Regierung, ist jemals Korruption nachgesagt worden. Im Gegenteil, unsere Regierung ist überaus integer, und ich lasse nicht zu, dass von der Linken Gegenteiliges suggeriert wird. Vielmehr wird gerade mit solchen „vorsorglichen“ Anträgen die Auffassung gestärkt, es bestünde Handlungsdruck zur Korruptionsbekämpfung in den Reihen der Regierungsmitglieder. In unserem Rechtsstaat hätte es schon lange eine gesetzliche Regelung gegeben, wenn diese angebracht gewesen wäre. Das ist sie jedoch nicht.* (D)

*Nach diesen grundsätzlichen Worten, möchte ich nun en détail auf Ihren Antrag eingehen. Sie fordern für ausscheidende Regierungsmitglieder eine fünfjährige Karenzzeit. Freilich beschränken Sie den Anwendungsbereich auf Unternehmen, die im Rahmen der Konjunkturpakete vor dem Ruin gerettet worden sind. Dies veranlasst mich zu der Bemerkung, dass wir die Konjunkturpakete einzig und allein zum Zwecke der Abfederung der Finanzkrise verabschiedet haben. Ich bin mir sicher: Kein Minister hat sich davon persönliche Vorteile erhofft. Kein Minister hat dabei auf potentielle zukünftige Ämter geschielt.*

*Am Rande sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, dass wir im Finanzmarktstabilisierungsgesetz ein Gremium gemäß § 10 a eingeführt haben, das über die Verteilung der öffentlichen Gelder durch die KfW wacht. Für die Fraktion Die Linke ist Herr Roland Claus in diesem Gremium zuständig. Es ist also keineswegs so, dass die Regierungsmitglieder das Geld nach ihren persönlichen Interessen verteilen könnten.*

*Davon einmal abgesehen, dass eine gesetzlich verankerte Karenzzeit einen Präzedenzfall darstellen würde und im Zuge einer einfachen Gesetzesänderung auf andere privatwirtschaftliche Bereiche ausgeweitet werden*